

Der Landrat verwies auf den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 26.01.2022 und teilte mit, dass der Antrag in der Sitzung des Kreisausschusses einvernehmlich in die heutige Sitzung vertagt worden sei.

KTM Tüttenberg sagte, mit dem Antrag seiner Fraktion wolle man die Verwaltung nicht kritisieren oder den Landrat mit Sachen beauftragen, die nicht umsetzbar seien. Aus diesem Grund würde er den Antrag dahingehend modifizieren, indem Ziffer 1 bestehen bleibe. Ziffer 2 würde man wegen der Unklarheit der Zahlen zurückziehen. Aus Ziffer 3 werde Ziffer 2 mit folgender Formulierung, indem der Landrat beauftragt werde, auf den anteiligen Bedarf des Rhein-Sieg-Kreises entsprechend gemeinsam mit den Kommunen auf das in Ziffer 1 genannte Ziel hinzuarbeiten und jährlich zu evaluieren, in wie weit man hinsichtlich der Baulandausweisungen, Baugenehmigungen, Förderbescheiden und Fertigstellungen diesem Ziel nähergekommen sei. Hierüber solle im Kreistag berichtet werden.

Es sei eine Modifikation, die im Sinne des KTM Dr. Bieber sei, wonach ein gemeinsamer Ansatz mit den Kommunen angestrebt werde.

Darüber hinaus sei es ein Bekenntnis, dass sich keine Gebietskörperschaft diesem ambitionierten Ziel entziehen könne.

KTM Dr. Bieber entgegnete, statt den modifizierten Antrag in der heutigen Sitzung zu beschließen, solle er zur fachlichen Beratung in den Ausschuss für Wirtschaft, Digitalisierung und Tourismus verwiesen werden.

Darüber hinaus habe er ein Problem damit, Sachen die die Bundesregierung in den Koalitionsvertrag geschrieben habe, hier zu begrüßen. Das mache er weder auf Landes- noch auf Bundesebene, da er die Handelnden an Taten messe.

Weiter verwies er auf die aktuelle Situation im Bundesbauministerium, wonach das beschriebene Ziel in Ziffer 1 des Antrags in diesem Jahr nicht erreicht werden könne. Der Bau von 400.000 Wohnungen pro Jahr sei eine große Herausforderung.

Zudem wies KTM Dr. Bieber exemplarisch auf die Problematik der vergangenen Jahre hinsichtlich der Baulandausweisung für Wohngebiete in Neunkirchen-Seelscheid hin, welche kategorisch abgelehnt worden seien. Man erlebe sehr häufig, dass in den Kommunen vor Ort Baulandausweisungen nicht realisiert werden können.

Diese Thematik könne hier in der Sitzung des Kreistags nicht erschöpfend erörtert werden, sodass er für eine weitere fachliche Beratung des Antrags im Ausschuss für Wirtschaft, Digitalisierung und Tourismus plädiere.

KTM Koch sagte, aufgrund des Umfangs des Koalitionsvertrages des Bundes stelle er sich die Frage, wie viele Kreistagssitzungen benötigt werden, um diejenigen Punkte im Koalitionsvertrag zu erörtern, die einen groben Bezug zum Rhein-Sieg-Kreis bzw. zu seinen angehörigen Kommunen beinhalten. Er sei der Ansicht, der Kreistag sei nicht das richtige Gremium, einzelne Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag zu begrüßen bzw. abzulehnen.

Dass mehr Wohnungen im Rhein-Sieg-Kreis entstehen müssen sei unstrittig. Derartige Debatten hierüber sollten jedoch im zuständigen Fachausschuss unter Beteiligung der Kommunen geführt werden.

Abschließend bat er die SPD-Fraktion zu überlegen, welche Themen zur Debatte in den Kreistag gehören und welche Angelegenheiten in den Fachausschüssen erörtert werden sollen. Darüber hinaus sei zu beachten, welche Themen als Angelegenheiten der kommunalen Selbstverwaltung der Kommunen anzusehen seien, bei denen der Kreis sich nicht einmischen solle.

KTM H. Becker sagte, seine Fraktion werde sich dem Vorschlag hinsichtlich eines Verweises des Antrags in einen Fachausschuss anschließen.

Bezüglich der Forderung auf Errichtung von Wohnraum wies er auf das Regionalplanverfahren hin und merkte an, dass man sich auch damit auseinandersetzen müsse, welche Ausweisungen von zusätzlichen Siedlungsflächen im Regionalplan im Gebiet des Rhein-Sieg-Kreises und seinen Kommunen tatsächlich umgesetzt werden müssen. Das sei jedoch primäre Aufgabe der Kommunen und der kommunalen Räte.

Weiter merkte KTM H. Becker an, dass aufgrund des Hochwasserereignisses im vergangenen Jahr im Rhein-Sieg-Kreis nach seinem Wissensstand eine Vorgabe für den Regionalplan existiere, dass für den Hochwasserschutz andere Siedlungsabstände einzuhalten seien. Darüber hinaus seien im Rhein-Sieg-Kreis aufgrund der Nähe zum Flughafen Köln/Bonn erhebliche Teile von mehreren Kommunen in Fluglärmmzonen, in denen keine neuen Gebiete ausgewiesen werden können. Weiter wies er auf die Vielzahl von Trinkwasserschutzgebieten hin. Demnach

sei es in vielen Kommunen schwierig, vernünftige neue Wohnansiedlungsflächen auszuweisen.

Der Antrag solle somit im Rahmen einer ordentlichen Debatte in einem Fachausschuss beraten werden.

KTM Schäfer sagte, seine Fraktion werde sich einem Verweis zur weiteren Beratung in einen Fachausschuss anschließen. Darüber hinaus sei man ebenfalls der Ansicht, dass der Kreis nicht über die Köpfe der Verantwortlichen in den Kommunen hinweg entscheiden solle.

Den Ausführungen des KTM Dr. Bieber zur angesprochenen Problematik in Neunkirchen-Seelscheid schließe er sich an.

KTM Tüttenberg sagte, seine Fraktion sei mit einem Verweis des Antrags in einen Fachausschuss einverstanden.

Weiter wies er auf die Diskussion bezüglich einer Überbauung vom Parkplätzen von Supermarktfilialen für Wohnflächen hin. Dabei mache es einen Unterschied, ob eine kleine Kommune oder der große Rhein-Sieg-Kreis mit dem jeweiligen Konzern spreche. Das sei nur ein Beispiel, bei der eine Koordination Sinn mache. Es gebe demnach genug Themen, über die man diskutieren könne, ohne dass man über die Köpfe der Beteiligten hinweg etwas entscheide.

Auf Nachfrage des KTM Tüttenberg, in welchem Fachausschuss eine weitere fachliche Beratung des Antrages erfolgen solle, teilte der Landrat mit, dass der Antrag in den Ausschuss für Wirtschaft, Digitalisierung und Tourismus verwiesen werden solle. KTM Tüttenberg zeigte sich einverstanden.

Der Landrat sagte, man sei sich insgesamt in dem Punkt einig, dass man zusätzlichen bezahlbaren Wohnraum benötige. Jedoch müssten auch die Kommunen bereit sein, veraltete Bebauungspläne zu überarbeiten. Gegen den Willen der Kommunen werde man das nicht schaffen. Zudem wies er auf die Problematik von Ortsabrundungssatzungen hin.

KTM H. Becker ergänzte, dass es in Lohmar mindestens 15 Fälle aus den letzten vier Jahren gegeben habe, wonach es wegen der Bezirksregierung Köln Schwierigkeiten wegen dieser sogenannten Ortsabrundungssatzungen gab.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

